

Strukturwandel der öffentlichen Meinung

Autor(en): **Reich, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 8: **Staatsstruktur und Wirtschaftsordnung**

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161769>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Strukturwandel der öffentlichen Meinung

RICHARD REICH

Wenn das Verhältnis von Staatsstruktur und Wirtschaftsordnung einer Überprüfung unterzogen werden soll, so darf auch eine Untersuchung von Zustand und Funktionsweise der öffentlichen Meinung nicht fehlen. Denn im demokratischen Staat nimmt sie in der Entscheidungsbildung neben den politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen sowie den staatlichen Institutionen einen wichtigen Platz ein. Als Medium der Willensbildung ist sie für alle im Spannungsfeld der Öffentlichkeit wirkenden Kräfte ein Faktor, der nicht ohne Schaden vernachlässigt werden könnte. In ihrer atmosphärischen Sensibilität widerspiegelt sie darüber hinaus die Veränderungen in Staat und Wirtschaft sowie den Wandel ihres Zuordnungsverhältnisses wohl besonders eindringlich.

Ideal und Wirklichkeit des Bürgers

Im Jahre 1902 schrieb der englische Staatsmann James Bryce: «In der idealen Demokratie ist jeder Bürger intelligent, patriotisch und selbstlos, das heißt uneigennützig. Sein einziges Anliegen besteht darin, in jeder umstrittenen Angelegenheit herauszufinden, wer oder was recht hat, und unter den wetteifernden Kandidaten den besten Mann zu ermitteln und ihn sodann in seinen Bemühungen zu unterstützen. Sein gesunder Menschenverstand, dem eine gute Kenntnis der Verfassung seines Landes zur Seite steht, setzt ihn instand, unter den ihm unterbreiteten Argumenten eine kluge Wahl und Entscheidung zu treffen, während sein eigener Pflichteifer genügt, ihn ohne weiteren sonstigen äußeren Antrieb zum Gang zum Wahllokal zu bewegen.»

Dieses Bild der Demokratie und ihrer Bürger ist, wie Bryce selbst andeutet, eine idealtypische Spekulation, von der niemand im Ernst erwartet, daß sie je völlig Wirklichkeit werde. Und doch stellt dieses Leitbild die unentbehrliche Arbeitshypothese jeder Demokratie dar, die dieses Namens würdig ist; denn diese Staatsform funktioniert nur dann sinngemäß, wenn ein maßgebender Teil der Bürger darum bemüht ist, sich den Idealtypus des frei seine politische Meinung und Entscheidung erarbeitenden Individuums zur Richtschnur zu nehmen. Die Lebensfähigkeit einer Demokratie hängt wesentlich davon ab, wie weit es gelingt, die von Natur aus unvermeidliche Differenz zwischen Ideal und Wirklichkeit auf ein tragbares Maß zu beschränken.

Wie ist es heute, angesichts eines dynamischen Wandels von Staat und Gesellschaft, um das Ausmaß dieser Differenz im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten bestellt? Diese Frage soll uns im folgenden beschäftigen. Daß damit nur ein Teilaspekt des Themas erfaßt wird, liegt auf der Hand. Schon der Ausdruck «herrschende Meinung», der sofort die Assoziation der gelenkten Meinung und des «außergelenkten Menschen» im Sinne des totalitären Staates heraufbeschwört, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die öffentliche Meinung ein äußerst vielschichtiges Phänomen darstellt — ein Phänomen übrigens, über dessen neuere Gesamtentwicklung erstaunlich wenig gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse vorliegen¹. Die Reduktion des Themas auf die Frage, wie weit die Bürger heute noch willens und imstande seien, die Funktion der öffentlichen Meinung im klassischen Sinne zu erfüllen, kann indessen nicht die völlige Ausklammerung des Öffentlichkeitsproblems bedeuten; sie hilft uns nur über die Verlegenheit hinweg, unmittelbar und in knappster Form auf eine systematische Analyse und Definition dessen hinzuwirken, was man üblicherweise mit dem vieldeutig schillernden und je nach dem Zusammenhang immer wieder verschieden akzentuierten Begriff der öffentlichen Meinung bezeichnet.

Wenn heutzutage allgemein der Eindruck vorherrscht, daß sich die Meinungsbildung des Staatsbürgers allzu weit vom Idealbild im Sinn von Bryce entfernt habe, so ist zunächst festzuhalten, daß diese düstere Diagnose keineswegs nur eine Begleiterscheinung des sogenannten «Massenzeitalters» ist. Sie wurde im Gegenteil schon in Zeiten laut, die nach unserem heutigen Empfinden die klassischen Perioden der neuzeitlichen Demokratie darstellen. Die öffentliche Meinung mit ihrer heutigen Tendenz zu einer mehr oder weniger ausgeprägten Konformität war schon für Denker des letzten Jahrhunderts wie John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville ein dornenvolles Problem.

Auch im Staatswörterbuch des berühmten schweizerischen Rechtslehrers Bluntschli heißt es 1876: «Es ist eine radikale Übertreibung, wenn die öffentliche Meinung für untrüglich erklärt und ihr geradezu die Herrschaft von Rechts wegen zugeschrieben wird. Die Männer, welche eine tiefere Einsicht haben auch in das politische Leben und seine Bedürfnisse, sind in allen Zeiten nicht zahlreich, und es ist sehr ungewiß, ob es ihnen gelingt, ihre Meinung zur öffentlichen Meinung auszubreiten. Die Minderheit der Wissenden und der Weisen stimmt keineswegs immer mit der großen Mehrheit der Mittelklassen überein. Das gemeine Urteil auch der gebildeten Klassen wird fast immer oberflächlich sein. Es ist nicht möglich, daß sie alle Umstände kennen und alle Gründe aufgedeckt haben, von denen der Entscheid in wichtigen Dingen abhängt. Die öffentliche Meinung kann von momentanen Leidenschaften der Menge getrübt, sie kann sogar künstlich irregeleitet werden.»

Die praktische Differenz zum Idealtyp des Homo politicus gehört also sozusagen zur Idee des demokratischen Staatsbürgers. Er ist schon seiner Ver-

fassung nach unzulänglich. Und entsprechend der Einsicht, daß die jeweilige politische Situation für den einzelnen prinzipiell niemals vollständig überschaubar sei, ist der ihm zugemutete Prozeß der Information und Meinungsbildung als grundsätzlich unvollkommen gedacht. Die demokratische Pflicht zur freien Urteilsbildung schließt mit andern Worten das Recht auf Irrtum und Widerruf ein. Voraussetzung für die innere Legitimität des notwendig subjektiven Entscheides ist letzten Endes allein die Inthronisierung des Gewissens als letzte Instanz. Wenn der einzelne sein Urteil im Einklang mit seinem Gewissen fällt, dann hat er seiner staatsbürgerlichen Pflicht genügt, gleichgültig, ob er nun die zur Meinungsbildung notwendigen Fakten selbst erarbeitet oder ob er sie — oder gleich das fertige Urteil — von einem frei gewählten Vorbild und Gewährsmann übernommen habe.

Aus dieser näheren Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen staatsbürgerlichen Verhaltens ergeben sich im wesentlichen drei kritische Ansatzpunkte für Fehlentwicklungen. Wenn die Entscheidungen letzten Endes Gewissensentscheidungen sein sollen, so hängt die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Meinung zunächst von der Festigkeit der geistig-religiösen Wertkriterien ab. Diese anthropologisch-ethische Problematik hat die Demokratie von jeher begleitet. Sie steht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Strukturwandel von Staat und Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten und soll deshalb trotz ihrer fundamentalen Tragweite in diesem Rahmen auch nicht eingehender erörtert werden. Anders verhält es sich mit den beiden übrigen Problembereichen. Sie ergeben sich aus der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft, die einerseits durch die Komplizierung des staatlichen Mechanismus die Übersicht außerordentlich erschwert hat und die andererseits durch die Dynamisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse die Wahl eines angemessenen Vorbilds politischen Verhaltens immer schwieriger werden läßt.

Vom Ordnungs- zum Verwaltungsstaat

War die Wirtschaft im 19. Jahrhundert zunächst ein Organismus, der neben dem Staat ein Eigendasein führte, so bahnte sich mit der Zeit eine immer engere Verflechtung an. Der Staat konnte sich nicht mehr auf die bloßen Ordnungsfunktionen beschränken, sondern mußte immer mehr auch gestalterische Aufgaben im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich übernehmen. Schließlich wurden ihm selbst in der liberalen Marktwirtschaft weitgehend die Kontrolle des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs und die Verantwortung für die innere Balance der Volkswirtschaft übertragen. Gleichzeitig stieg naturgemäß jener Anteil des Sozialprodukts, der vom Staat zur Deckung seines Aufwands und zur sozialpolitischen Umverteilung eingezogen werden muß. Aus dem tradi-

tionellen «Zehnten» ist längst ein Steuersatz von einem Fünftel, Viertel oder Drittel geworden.

Parallel dazu veränderte sich die Sozialstruktur. Die «Klassengrenzen» wurden mehr und mehr verwischt. Die Gesellschaft wurde vertikal und horizontal mobil. Der soziale Aufstieg ist im Prinzip nicht mehr eine Angelegenheit von Generationen, sondern von Jahren; die Binnenwanderung bringt es mit sich, daß der regionale Patriotismus, der «Kantönligeist», der lange eine feste Größe im politischen Spiel war, seine Bedeutung als Integrationsfaktor immer mehr einbüßt.

Dieser soziale Strukturwandel ist in seinen Auswirkungen auf das Wesen der öffentlichen Meinung womöglich noch folgenschwerer als die Erschwerung der sachlich fundierten Übersicht in einem immer komplizierteren Gemeinwesen. Denn der Komplizierung der Verhältnisse steht wenigstens eine geradezu revolutionäre Verbesserung der Informationsmöglichkeiten gegenüber; moderne Übermittlungstechniken wie Fernschreiber, Radio und Fernsehen überhäufen den Bürger in einem Ausmaß mit Einzelheiten, das sich der Bürger des 19. Jahrhunderts nie hätte träumen lassen. Der größere Informationsbedarf wird also durch ein größeres Informationsangebot kompensiert, so daß von dieser Seite kein unmittelbarer Anlaß zur Befürchtung bestünde, daß die Aufklärung des Bürgers nicht mehr den Anforderungen der Zeit entspreche.

Von der ständigen zur temporären öffentlichen Meinung

Die spürbare Gefahr einer Unterhöhlung und Pervertierung der öffentlichen Meinung hat ihren eigentlichen Ursprung vor allem deshalb in den soziologisch-wirtschaftlichen Veränderungen, weil — um es zugespitzt zu formulieren — die Mobilität der modernen Gesellschaft und die Verwirtschaftlichung der Politik dazu geführt haben, daß die traditionelle öffentliche Meinung als ständige Instanz durch eine Öffentlichkeit mit temporärem Charakter ersetzt worden ist, die immer aufs neue hergestellt werden kann und muß.

In ihrem klassischen Sinn ist die öffentliche Meinung das Forum des offenen Gesprächs mit der eindeutigen Zielsetzung politischer Wahrheitsfindung. Sie ist ein dialektisch gedachter Vorgang, bei dem es nicht in erster Linie um Interessenstandpunkte, sondern um individuell geprägte Meinungen geht. Sie ist nicht Gerede, sondern Dialog, der sich durch den Einfluß auf Repräsentation und Regierung in der Politik niederschlägt. Sie bejaht oder mißbilligt, ohne sich unmittelbar in Aktion umzusetzen. Sie gründet auf der Vorstellung eines Publikums, das in einem langwierigen Prozeß gegenseitiger Aufklärung zu einer sachlich fundierten Ansicht gelangt.

Solange die Gesellschaft soziologisch klarer strukturiert und weniger mobil war, hatte dieses Publikum deutliche Konturen. Die Zeitungen hatten «ihre»

Leserschaft, die politischen Führer «ihren» Anhang. Vor allem aber gab es auf den verschiedenen Ebenen das, was die Engländer die Opinion leaders und die Franzosen die Classe politique nennen, Persönlichkeiten und Gruppen also, die in ihrem gesellschaftlichen Kreis, ihrem Dorf oder ihrer Stadt den Ton angaben und so der ihnen nahestehenden Bürgerschaft die Urteilsbildung erleichterten. In ländlichen Verhältnissen ist dies auch heute noch zu beobachten: Kegelklub oder Schützenverein, Stammtisch oder Freundeskreis sind strahlungskräftige Zentren einer erfolgreichen und gezielten Indoktrination von Meinungen.

Hier hat sich ein grundlegender Wandel angebahnt, der in unserem Lande wie in vielen andern Dingen vielleicht etwas später und etwas gedämpfter einsetzte als anderswo und der auch deshalb nicht so deutlich in die Augen springt, weil sich Surrogate etabliert haben, die den Anspruch erheben, echten Ersatz zu bieten. Mit der Verwischung der Sozialstrukturen und der damit verbundenen Auflösung der Classe politique und ihres jeweiligen Stammpublikums kam die Öffentlichkeit in ein Stadium, in dem das frühere Wechselspiel der Meinungen mehr und mehr durch eine bloße, in dieser oder jener Richtung beeinflussbare Stimmungslage ersetzt wurde.

Der Einbruch der Konsumentengesinnung in die Politik

Gleichzeitig wurde diese Öffentlichkeit vom wirtschaftlichen Bereich her in dem Sinne verändert, daß die kritische Meinungsbildung von einer Art passiven Konsumentenhaltung auch im Bereich der politischen Information überlagert wurde, und zwar in doppelter Hinsicht. Einmal begannen sich im wachsenden Wirtschafts- und Sozialstaat die Interessengruppen mit dem Zwecke zu organisieren, die vielen Einzelinteressen zusammengefaßt in Erscheinung zu bringen und in ein gemeinsames öffentliches Interesse zu verwandeln.

Theoretisch wird dabei die interessenbedingte Meinung der vielen einzelnen auf ein repräsentatives Forum gehoben und so zu größerer Wirkung gebracht. Praktisch aber läuft dieser zur Selbstverständlichkeit gewordene Vorgang meist auf eine Delegation der individuellen Meinungsbildung an die leitenden Organe des Verbandes oder der Gewerkschaft hinaus, wobei der einzelne als Gegenwert dieser Delegation die durch das kollektive Gewicht in der Öffentlichkeit erreichten wirtschaftlichen oder politischen Vorteile erhält. Diese im Prinzip durchaus legitime Organisation und Fruktifizierung materieller Interessen auf politischer Ebene weist gegenüber den Parteien den staatspolitischen Nachteil auf, daß solche Körperschaften trotz ihren von Fall zu Fall erfolgenden punktuellen Aktionen nicht ins normale Kräftespiel der Politik eingegliedert und damit auch nicht zur regelmäßigen politischen Rechenschaftsablage verpflichtet sind.

Die «Konsumentenkomponente» der öffentlichen Meinung wurde daneben vor allem dadurch gesteigert, daß die Wirtschaft vom System der Preiskonkurrenz zu jenem der Werbekonkurrenz überging. Damit war sie gezwungen, die Öffentlichkeit in ihrer Eigenschaft als Verbrauchergesellschaft anzusprechen und zu erobern. Es setzte die groß angelegte Erschließung der potentiellen Käuferschichten durch Werbung, die systematische «Erziehung zum Verbraucher» ein. Heute beträgt der Werbeaufwand in Staaten wie England oder Amerika um die zwei Prozent des Bruttosozialprodukts.

Dieses ständige Konsumtraining mittels der permanenten Berieselung durch psychologisch vertiefte Propaganda, die aus dem kritischen Bürger den manipulierbaren Käufer zu machen sucht, wirkte sich mit der Zeit auch auf die politische Sphäre aus. Die politische Meinungsbildung begann sich auf die Konsumhaltung der Öffentlichkeit auszurichten und bediente sich dabei in steigendem Maße der Methoden der kommerziellen Werbung. Mit diesen neuen Mitteln wurde in der Folge der Versuch unternommen, die öffentliche Meinung von Fall zu Fall zu «machen».

Damit nicht genug: Heute kann man in vielen Ländern und ansatzweise selbst in der Schweiz eine Art «politisches Marketing» beobachten, indem kommerzielle Werbefachleute politische Programme oder Kandidaten auf unpolitische Art «verkaufen» müssen. Zwar wird dabei die politische Eignung eines Kandidaten nicht völlig aus der Präsentation, aus dem «Image» ausgeklammert; wohl aber werden Äußerlichkeiten in den Vordergrund gespielt und gleichwertig neben die politischen Fähigkeiten gestellt, die für die Amtsführung im rein sachlichen Sinn völlig irrelevant sind. Die amerikanischen Wahlfeldzüge sind besonders krasse Beispiele dieser Art; so spielt neuerdings die «Telegenität», die Wirkung des Kandidaten auf dem Bildschirm eine unverhältnismäßig große Rolle.

Insbesondere seit dem letzten Krieg hat dieser Kampf um die öffentliche Meinung mit werbetechnischen Mitteln eine weitere Verfeinerung erfahren durch das, was man als Publicity und Public relations bezeichnet. Wenn jemand «in Publizität» macht, so hat dies wenig oder nichts mit dem zu tun, was der klassische Opinion leader tat. Er ist lediglich auf eine rein optische Präsenz mit möglichst weiter Ausstrahlung bedacht; er versucht, in den Augen des Publikums zu einer geläufigen Erscheinung zu werden.

«Public relations» sind ihrem Ursprung nach das wirtschaftliche Gegenstück zum «politischen Marketing». Diese Werbetechnik spricht den potentiellen Käufer nicht mehr direkt als Konsumenten, sondern als Glied der Öffentlichkeit und damit als Bürger an. Unter dem Titel «Befriedigung des Informationsbedürfnisses» werden lediglich «Unterlagen» vermittelt, wodurch die Werbung unkenntlich gemacht und die Fiktion der klassischen Meinungsbildung wieder heraufbeschworen wird. Es ist also eine Art Umkehrung der Vorzeichen eingetreten.

Von der kritischen Meinung zum bloßen Meinen

Mit ins Bild dieser labilen, stimmungsbedingten und weitgehend passiv-rezeptiven öffentlichen Meinung im Reklamezeitalter gehört die weit verbreitete Anonymität der «Stimmungsmacher». Zugleich zeichnet sich in den Wahlkampagnen amerikanischen Stils immer mehr eine merkwürdige Doppelbödigkeit ab. Oberflächlich betrachtet tragen die politischen Kämpfe nicht mehr den Stempel eines propagandistischen «Catch-as-catch-can». Sie werden vielmehr betont positiv geführt, indem der eigene Kandidat oder die eigene These im Stile einer Geschäftsempfehlung ins öffentliche Rampenlicht gestellt werden, ohne daß dabei der Gegenkandidat oder die Gegenthese mit der früher üblichen Schärfe frontal angegriffen würde. Doch diese äußerliche Fairneß ist vielfach nur der Firnis, der unterschwellige Kampfmethoden verdeckt. Von raffinierten tiefenpsychologischen Tricks bis zur Flüsterpropaganda, in der negativ wirkende persönliche Daten eines Kandidaten unter der Hand verbreitet werden, gibt es eine ganze Skala solch fragwürdiger Hilfsmittel der Meinungsbildung.

Diese Methoden gehen vom Tatbestand aus, daß die ehemals kritische Meinung der Bürger in weiten Kreisen durch ein bloßes flüchtiges Meinen abgelöst worden ist. Dieses labile Medium wird nicht nur mit propagandistischem Raffinement angesprochen, sondern es wird auch zum Gegenstand von Diagnosen, die ihrerseits in die Urteilsbildung der politischen Führung miteinbezogen wird. Es ist die moderne Meinungsforschung, die hier einsetzt und von der immer mehr Regierungen glauben, nicht mehr ohne sie auskommen zu können. Wer wüßte nicht, daß das Weiße Haus in Washington in die Millionen gehende Summen für die laufenden Meinungsumfragen ausgibt. Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist im Zusammenhang mit den letzten Bundestagswahlen offenkundig geworden, welche große Rolle die Institute der Meinungsforschung zu spielen beginnen. Dabei scheint man in weiten Kreisen zu übersehen, daß solche Sammlungen von spontanen Äußerungen weit davon entfernt sind, eine repräsentative und damit wohlüberlegte, bei der echten politischen Entscheidung relevante öffentliche Meinung zu verkörpern. Es handelt sich im Grunde genommen um den Versuch, Augenblicksmeinungen, die wie Windfahnen die Richtung plötzlich wechseln können, zur Richtschnur politischen Handelns zu machen.

Politisches Wissen — Macht oder Ohnmacht?

Es liegt auf der Hand, daß es sich bei den angedeuteten Erscheinungen vielfach nur um Ansätze und Tendenzen handelt, die es in dem hier behandelten Zusammenhang überscharf herauszustellen galt. Das ändert aber nichts daran, daß

sie aus dem heutigen Bild der öffentlichen Meinung kaum noch wegzudenken sind und daß es dringend notwendig ist, sich eindringlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Sie bilden auch den Hintergrund für die Problematik rund um die modernen Massenmedien. Ganz abgesehen davon, daß sich zum Beispiel Radio und Fernsehen nur in begrenztem Umfang für die Darstellung der heutzutage besonders wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenhänge eignen, scheint das Großangebot von rascher und umfassender Information die «Konsumentenhaltung» des modernen Bürgers eher noch zu verstärken als zu vermindern.

Es fehlt die Möglichkeit von Rede und Gegenrede, die zum klassischen Raisonement der öffentlichen Meinung gehört; und es fehlen vor allem Muße und Konzentrationsfähigkeit, um den Stoffanfall wirklich kritisch zu gliedern und zu bewältigen. Wenn sich der einzelne trotz allem aufrafft, sich eine eigene kritisch fundierte Meinung zu bilden, so kann er diese Meinung angesichts der verwischten Konturen des Publikums nicht mehr im Sinne der klassischen Öffentlichkeit «an den Mann bringen», es sei denn, er gehöre einer Partei oder einer andern politisch aktiven Gruppierung an. So entsteht der für viele heutige Menschen typische, im Grunde völlig paradoxe Zustand, in dem politisches Wissen nicht mehr als Macht empfunden wird, sondern ein krasses Gefühl der Ohnmacht auslöst. Diese Empfindung, «es nütze doch alles nichts», ist eine große Gefahr der modernen Demokratie, die gerade heute mehr als je zuvor der aktiven Anteilnahme möglichst vieler Bürger bedarf.

Leider ist auch die Presse, die in unserem Lande ihrer Tradition nach lange eine ausgeprägte Meinungspressen mit der deutlichen Zielsetzung des Dialogs unter klaren ordnungspolitischen Gesichtspunkten war, heute in weiten Teilen nicht mehr entschiedener Träger des offenen Gesprächs und der kontinuierlichen kritischen Sichtung der laufenden Geschehnisse. Viele Zeitungen haben längst begonnen, den Stoff nach seinem Sensations- und Verkaufswert, nicht mehr nach rein politischen Kriterien zu gliedern. So ist auch hier manchenorts eine neue Wertordnung im Entstehen begriffen, in der Sport- und Wahlergebnisse oder Hofklatsch und Regierungsprogramme rangmäßig nebeneinander figurieren. Die Zeitung wird zum kommerziell konzipierten Nachrichtenangebot, dem der Bürger als Verbraucher von «News» gegenübersteht².

Regenerierung der «Classe politique»

Die eingangs gestellte Frage nach dem heutigen Ausmaß der Differenz zwischen Ideal und Wirklichkeit des Bürgers läßt sich auf diesem Hintergrund kaum eindeutig beantworten. Dazu ist die Situation zu undurchsichtig. Um sie genauer zu durchleuchten, bedarf es einer weiteren Verfeinerung der wissenschaftlichen Untersuchungsmethoden. Klar liegt indessen zutage, daß das

heutige Großangebot an Informationen, Kommentaren und technischen Hilfsmitteln allzu leicht zu Fehleinschätzungen der Lage verleitet. Den gut ausgebauten Informationsmöglichkeiten steht der sich verstärkende Hang zur reinen Konsumentenhaltung auch in der Politik gegenüber.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, gegen diese Haltung rein passiver Rezeption entschieden und systematisch anzukämpfen. Das ist zunächst eine Aufgabe der staatsbürgerlichen Erziehung, die dringend des Ausbaus bedarf und die vor allem den Sinn für die Spielregeln des demokratischen Dialogs wieder stärker wecken muß. Es ist aber auch eine Aufgabe der Massenmedien und der Organisationen politischer Willensbildung, vor allem der Parteien. Die «Classe politique» darf nicht noch stärker zerfallen; sie muß im Gegenteil bewußt regeneriert werden.

Die öffentliche Meinung ist nach wie vor trotz allen fragwürdigen Symptomen die wohl wichtigste Basis für die Legitimation demokratischer Politik. Sie darf deshalb nicht zu einer manipulierbaren Verbrauchergesellschaft manipulierbarer Informationen und Meinungen absinken. Die Demokratie lebt auch im industriellen Zeitalter davon, daß die privaten und öffentlichen «Opinion leaders» in optimalem Umfang der Wahrheitsfindung im Geiste intellektueller Redlichkeit verpflichtet sind und daß sie weiterhin einem kritischen Publikum gegenüberstehen, welches zwar manchmal der Anleitung und Hilfe bei der Urteilsbildung bedarf, das sich aber entschieden dagegen wehrt, zur bloßen unkritischen Claque degradiert zu werden und lediglich noch die Funktion einer Akklamationsinstanz zu erfüllen.

¹Über den Stand der wissenschaftlichen Erforschung der öffentlichen Meinung gibt Wilhelm Hennis einen guten Überblick in «Meinungsforschung und repräsentative Demokratie» (Tübingen 1957). Eine ausgezeichnete historisch-soziologische Studie hat Jürgen Habermas 1962 unter dem Titel «Strukturwandel der Öffentlichkeit» publiziert. Noch immer lesenswert ist ferner Walter Lippmanns «Public opinion» (1922); das Werk ist vor kurzem in deutscher Übersetzung unter dem Titel «Die öffentliche Meinung» erschienen. Aus der Fülle weiterer informativer oder symptomatischer Literatur seien erwähnt: H. Arendt, *The Human Condition* (Chicago 1958); R. Altmann, *Das Problem der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie* (Marburg 1954); M. L. Goldschmidt, *Publicity, Privacy, Secrecy* (in «Western Political Quarterly», 1957); H. Pleßner, *Das Problem der Öffentlichkeit und die Idee der Entfremdung* (Göttingen 1960); G. Anders, *Die Antiquiertheit des Menschen* (München 1957); G. L. Bird, *Press and Society* (New York 1957); S. Kelley, *Professional Public Relations and Political Power* (Baltimore 1956); D. Riesman, *Die einsame Masse* (Berlin-Darmstadt 1956); Chr. S. Steinberg, *The Mass Communicators* (New York 1958); F. Lenz, *Werden und Wesen der öffentlichen Meinung* (München 1956); G. Schmidtchen, *Die befragte Nation* (Freiburg 1959).

²Zum Problem Meinungspresse und «unabhängige» Zeitungen vgl. Willy Bretscher, *Betrachtungen zur Freiheit und Unabhängigkeit der Presse* (Politische Rundschau, 44. Jg., Heft 1—3, 1965).